

## **Niederschrift**

**über die 138. Sitzung des Planungsausschusses  
am 30.10.2018 in Altfraunhofen**

Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:10 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder laut Anwesenheitsliste: 18

Sie wurde vom Vorsitzenden, Ersten Bürgermeister **Alfons Sittinger**, geleitet.

### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
  
2. Regionalplan Region Landshut (13)
  - 2.1 ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Kapitel B III Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur  
Beratung und Beschluss über das Anhörungsverfahren
  
3. Informationen, Wünsche und Anträge

---

### **1. Eröffnung und Begrüßung**

Der Verbandsvorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gremiums und den Planungsbeirat.

Besonders bedankte er sich bei der Gemeinde Altfraunhofen für die Möglichkeit, die Tagung abhalten zu können und für die freundliche Aufnahme. Frau Erste Bürgermeisterin **Katharina Rottenwallner** bat er in der anschließenden Regionalkonferenz um ein Grußwort.

Er hieß besonders Herrn Oberbürgermeister **Alexander Putz** und die stellvertretenden Landräte **Edeltraud Plattner** und **Fritz Wittmann** willkommen.

Von der Regierung von Niederbayern begrüßte er

- Herrn Regierungsvizepräsidenten **Dr. Helmut Graf**

- Herrn Abteilungsdirektor **Dr. Jürgen Weber**, Bereichsleiter des Bereichs 2, Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr
- Herrn Leitenden Regierungsdirektor **Peter Schmid**, Sachgebietsleiter des Sachgebietes 24, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung
- Herrn ORR **Sebastian Bauer**, Regionsbeauftragter und Mitarbeiter des Sachgebietes 24, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung.
- Frau **Martina Maier**, Mitarbeiterin des Sachgebietes 24, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung

Weiter wurden begrüßt:

- **Christine Erbinger** und **Renate Landesberger** von der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes

Der Vorsitzende stellte die form- und fristgerechte Ladung entsprechend der Satzung und der Geschäftsordnung für den Regionalen Planungsverband Landshut fest. Weiter stellte der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und informierte, dass zur Erleichterung der Protokollführung ein Aufzeichnungsgerät mitläuft. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

---

## 2. Regionalplan Region Landshut (13)

### TOP 2.1: ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut; Aufstellung von Kapitel B III Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur

Ltd. RD Peter Schmid und Frau Martina Maier erläuterten die vorab versandte Vorlage.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** begrüßte die Aufnahme der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Entwurf. Aus seiner Sicht sollte jedoch noch ein Ziel oder Grundsatz zur Barrierefreiheit aufgenommen werden. Dies habe auch absolute Priorität nach Aussage der Staatsregierung. Daneben sollten beim Punkt Gesundheit noch zwei Ergänzungen vorgenommen werden. Es sollten die Grundsätze, „Kooperationen und mögliche Fusionen zwischen den Krankenhäusern sollen ausgebaut werden“ und „Geburtsstationen sollen wohnortnah vorgehalten werden“ mit aufgenommen werden.

Im Regionalplan, so Ltd. RD **Peter Schmid**, könne man nur Dinge regeln, die nicht anderweitig geregelt seien. Beim Thema Barrierefreiheit gebe es ein Gesetz und

entsprechende Fachplanungen. Deshalb habe man das Thema bewusst herausgelassen. Man könne nicht sagen, dass man in einem bestimmten Teil der Region mehr Barrierefreiheit wolle als in anderen Teilen. Im Regionalplan werde regional/örtlich etwas hervorgehoben und daher an anderer Stelle etwas zurückgestellt.

Kooperationen von Krankenhäusern und die Geburtsstationen seien wichtige Gesichtspunkte, die man in den Entwurf aufnehmen könne. Darüber müsse dann abgestimmt werden.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** erklärte, dass aus seiner Sicht dieses Ziel aufgenommen werden sollte, da die Barrierefreiheit bis 2023 wahrscheinlich nicht verwirklicht sei. Hier sollte ein Akzent gesetzt werden, dass die Barrierefreiheit für die Region oberste Priorität habe. Außerdem bitte er darum, beim Grundsatz zu den Kooperationen auch *mögliche Fusionen* von Krankenhäusern aufzunehmen.

Oberbürgermeister **Alexander Putz** zeigte Verständnis dafür, dass in dem einen oder anderen Fall Fusionen von Krankenhäusern sinnvoll sein könnten. Dies solle man aber im Einzelfall den Trägern überlassen und nicht in den Regionalplan aufnehmen. Der Aufnahme von Kooperationen könne er zustimmen, aber es sollte dann noch aufgenommen werden, wenn sie zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung dienen.

Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** erklärte, dass auch Aussagen zum sozialen Wohnungsbau aufgenommen werden sollten. Hier könne er sich vorstellen, den Grundsatz „1.3 Wohnangebote für junge Menschen sollen gefördert und ausgebaut werden.“ um den Passus „sozial bedürftige Menschen“ zu ergänzen. Ltd. RD **Peter Schmid** erläuterte, dass dies eher ein Punkt für das Kapitel Siedlungswesen sei. Man habe hier bzgl. der jungen Menschen eine Ausnahme gemacht, weil man den Eindruck habe, dass es bei den Bauleitplanungen ganz wenig Angebote für junge Menschen gebe. Meistens würden Ein- und Zweifamilienhäuser geplant. Auch für Senioren gebe es mittlerweile Angebote. Kleinere Wohnungen für junge Menschen gebe es hingegen kaum. In der Zeit zwischen der Volljährigkeit und einer Familiengründung verließen viele junge Menschen den ländlichen Raum.

Bürgermeister **Franz Göbl** erklärte, dass auch das Kreiskrankenhaus Achdorf zu einem Krankenhaus der Versorgungsstufe II ausgebaut werden sollte. Ltd. RD **Peter Schmid** erläuterte, dass der Grundsatz 2.5 im Hinblick auf die Aufstufung von Dingolfing zum Oberzentrum auf diesen Ausnahmefall beschränkt bleiben sollte. Landshut verfüge zudem bereits über ein Krankenhaus der Versorgungsstufe 2.

Außerdem solle, so Bürgermeister **Franz Göbl**, auf eine flächenmäßig gleichmäßige Verteilung der Schulen, insbesondere der weiterführenden Schulen, geachtet werden. Es sei seiner Ansicht nach wichtig, dass man die Schulen zu den Kindern brächte und nicht die Kinder zu den Schulen. **Martina Maier** erklärte, dass man bei den Schulen deshalb die Grundsätze „3.2 Grund- und Mittelschulen sollen in allen Zentralen Orten erhalten werden.“ und „3.3 In allen Mittelzentren soll ein breites Angebot an weiterführenden Schulen zur Verfügung stehen.“ aufgenommen habe. Die Zentralen Orte seien relativ homogen über die Region verteilt. Bürgermeister **Franz Göbl** erklärte, dass es wichtig sei, von den Zentralen Orten rauszugehen, wenn man wolle, dass sich alle Teile der Region gleichmäßig entwickeln könnten. Laut Ltd. RD **Peter**

**Schmid** habe man das Netz der Zentralen Orte so gemacht, dass sie schnell erreichbar seien. Die Kinder aus der Gemeinde Buch am Erlbach müssten regelmäßig nach Moosburg, wenn sie eine Realschule oder ein Gymnasium besuchen wollten. Dort gebe es aber Probleme, wenn zu viele Schüler vorhanden seien, dann würden die Kinder aus seiner Gemeinde nicht mehr aufgenommen. Der Landkreis Landshut baue zwar Schulen, aber diese seien von seiner Gemeinde aus nicht erreichbar, weil auch die Fahrtkosten nicht übernommen würden. Er könne sich auch vorstellen, dass man z. B. Schüler aus Landshut nach Buch fahre, um z. B. einen Schulstandort zu erhalten, denn umgekehrt sei es ja auch machbar. **Verbandsvorsitzender Alfons Sittinger** war der Meinung, dass der Bezug auf die Zentralen Orte hier durchaus Sinn mache. Es sei schwierig, die Standorte außerhalb der Zentralen Orte zu erhalten, wenn die Schülerzahlen rückläufig seien und die Mindestklassenstärken nicht eingehalten werden könnten. **RD Peter Schmid** wies darauf hin, dass der Planungsverband Detailprobleme vor Ort nicht lösen könne, dies müsse gemeinsam mit der Fachplanung versucht werden. Bei den Grundschulen könne er sich vorstellen, dass man den flächendeckenden Aspekt noch weiter betone, bei den weiterführenden Schulen müsse man tatsächlich schon froh sein, wenn man in den Mittelzentren ein breites Angebot habe.

Antrag von Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme**, den Grundsatz „**Kooperationen und mögliche Fusionen zwischen den Krankenhäusern sollen ausgebaut werden**“ aufzunehmen.

**Beschluss: 3 : 12**

Vorschlag von Oberbürgermeister **Alexander Putz**:  
„**Kooperationen zwischen den Krankenhäusern sollen gefördert werden, wenn sie zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung beitragen.**“

**Beschluss: 9 : 6**

Antrag von Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme**, den Grundsatz „**Geburtsstationen sollen in ihrem Bestand gesichert und möglichst ausgebaut werden.**“ aufzunehmen.

**Beschluss: 14 : 1**

Antrag von Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** zur Barrierefreiheit:  
Das Ziel „**Bei allen kommunalen und staatlichen Planungen ist der Barrierefreiheit ein hohes Gewicht beizumessen.**“, ist in den Entwurf aufzunehmen.

**Beschluss: 5 : 10**

Antrag von Stadtrat **Prof. Dr. Frank Palme** zur Aufnahme des sozialen Wohnungsbaus als Grundsatz „1.4 Der soziale Wohnungsbau soll in der Region in besonderer Weise gefördert und ausgebaut werden“.

**Beschluss: 4 : 11**

Antrag von Bürgermeister **Franz Göbl** zu den Schulen.  
„Der Grundsatz 3.2 soll lauten: **Grund- und Mittelschulen sollen möglichst flächendeckend, zumindest aber in allen Zentralen Orten erhalten werden**“.

Zudem soll der Grundsatz 3.3 ergänzt werden um „**Bei Bedarf sollen interkommunale Kooperationen auch bei weiterführenden Schulen eingegangen werden**.“

**Beschluss: 8 : 7**

Abstimmung über den Entwurf

**Beschluss: 15 : 0**

**Der Planungsausschuss stimmt dem vorgelegten Entwurf zur Neuaufstellung von Kapitel B III Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur des Regionalplans Landshut unter Einbeziehung des heutigen Sitzungsergebnisses zu und beauftragt den Verbandsvorsitzenden, das erforderliche Anhörungsverfahren einzuleiten.**

**Der Regionsbeauftragte wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Arbeiten durchzuführen. Er wird ermächtigt, soweit erforderlich, noch redaktionelle Veränderungen am vorgelegten Fortschreibungsentwurf durchzuführen.**

---

### **TOP 3: Informationen, Wünsche und Anträge**

Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** beendete die Sitzung. Im Anschluss begann die Regionalkonferenz.

Die Präsentationen sind in der Anlage beigefügt.

Aufgestellt am 20.11.2018

gez.

Christine Erbinger  
Geschäftsführerin

Genehmigt am 26.11.2018

gez.

Alfons Sittinger  
Erster Bürgermeister  
Verbandsvorsitzender